



Detailansicht des Registereintrags

Verband der Unternehmerinnen in Deutschland e.V.

Aktuell seit 29.04.2026 14:20:12

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R000836
Ersteintrag:	22.02.2022
Letzte Änderung:	29.04.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	29.04.2026
Tätigkeitskategorie:	Arbeitgeberverband
Kontaktdaten:	Adresse: Glinkastraße 32 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493020059190 E-Mail-Adressen: info@vdu.de Webseiten: www.vdu.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

140.001 bis 150.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

2,50

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Christina Puello**
Funktion: Präsidentin
2. **Dr. Andrea Reichert-Clauß**
Funktion: Mitglied des Präsidiums, 1. Vizepräsidentin
3. **Caroline Eichin-Fritz**
Funktion: Mitglied des Präsidiums, 2. Vizepräsidentin, Schatzmeisterin

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (6):

1. **Evelyne de Gruyter**
2. **Inken Patermann**
3. **Kamala Jakubeit Oliveira**
4. **Lucie Zmijanjac**
5. **Christina Puello**
6. **Dr. Andrea Reichert-Clauß**

Gesamtzahl der Mitglieder:

1.292 Mitglieder am 31.03.2026, ausschließlich natürliche Personen

Mitgliedschaften (3):

1. Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V. (BDA)
2. Femmes Chefs d'Entreprises Mondiales (FCEM)
3. Berliner Erklärung

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (20):

Arbeitsmarkt; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Berufliche Bildung; Hochschulbildung; Schulische Bildung; Vorschulische Bildung; Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; Familienpolitik; Geschlechterpolitik; Digitalisierung; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung"; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik; Kleine und mittlere Unternehmen; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der VdU vertritt seit 1954 branchenübergreifend die Interessen von Unternehmerinnen gegenüber Politik und Gesellschaft. In besonderem Maße zeichnet uns die Verbindung von

unternehmerischer und gleichstellungspolitischer Interessenvertretung aus. Wir setzen uns für verlässliche und zeitgemäße politische Rahmenbedingungen für kleine und mittelständische Unternehmen sowie Selbstständige, die Stärkung weiblichen Unternehmertums, eine Steigerung des Anteils von Frauen unter Gründer*innen, in den Unternehmensführungen und in der Unternehmensnachfolge sowie für bessere Bedingungen für Frauen in der Wirtschaft ein.

Wir führen Gespräche mit Personen aus Bundestag und Bundesregierung, wir organisieren und verantworten Diskussionsveranstaltungen zu politisch relevanten Themen, wir versenden Positionen und Stellungnahmen an die genannten politische Akteure. Vereinzelt werden wir als Sachverständige in Bundestagsausschüsse eingeladen.

Konkrete Regelungsvorhaben (12)

1. Vereinbarkeit von Unternehmertum und Familie

Beschreibung:

Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag das Ziel verankert, Familien dabei zu unterstützen, Erwerbs- und Sorgearbeit gerechter aufzuteilen. Verschiedene, mehr oder weniger wirkungsvolle politische Maßnahmen wurden in den vergangenen Jahren ergriffen, um dieses Ziel einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erreichen. Sie adressieren im Kern vor allem Arbeitnehmer*innen. Die Belange von Selbstständigen und Unternehmer*innen wurden bisher nur am Rande berücksichtigt. Es bedarf eines Bündels von zusammenwirkenden Maßnahmen: Daher bedarf es einer stärkeren Berücksichtigung von selbstständigen Gründerinnen beim Mutterschutz und in der Ausgestaltung und Berechnung des Elterngelds und die systematische Absetzbarkeit beruflich veranlasster Kinderbetreuungskosten

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 129/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie (Viertes Bürokratieentlastungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Viertes Gesetz zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11306 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie - (Viertes Bürokratieentlastungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Viertes Gesetz zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

MuSchG 2018 [alle RV hierzu]; BEEG [alle RV hierzu]; EStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Familienpolitik [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

2. Reform Ehegattensplitting**Beschreibung:**

Ziel der Interessensvertretung ist eine Reform des bestehenden Ehegattensplittings hin zu einem Individual- oder Realsplittings mit übertragbaren Freibeträgen in Höhe des Grundfreibetrags für eine faire Familienpolitik und um das Erwerbspotenzial von Frauen zu steigern.

Betroffenes geltendes Recht:

EStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Familienpolitik [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2507280049 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. Arbeitszeitflexibilisierung und Tarifbindung**Beschreibung:**

Die restriktiven Vorgaben des Arbeitszeitgesetzes schränken insb. KMU ein, den Wünschen der Arbeitnehmer*innen entgegenzukommen. Wir regen daher eine behutsame Novellierung des Arbeitszeitgesetzes an. Wir fordern: Wochenarbeitszeit, gelegentliche Ausweitung Höchstarbeitszeit, Reduzierung der Mindestruhezeit, keine Reform, die sich auf tarifliche Öffnungsklauseln beschränkt. Gerade im Mittelstand sind Tarifverträge historisch und gegenwärtig fremd und werden es aller Voraussicht nach auch künftig sein.

Betroffenes geltendes Recht:

ArbZG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2507290014 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

4. Einführung eines Mutterschutzes für Selbständige**Beschreibung:**

Selbstständig Frauen haben grundsätzlich keinen Anspruch auf die gesetzlichen Mutterschutzfristen oder die Zahlung von Mutterschutzgeld. Die EU-Richtlinie zum Elternurlaub von 2010 legt fest, dass Selbstständige Mutterschaftsansprüche von mind. 14 Wochen haben müssen. Im Fall einer Schwangerschaft sind Selbständige einem großen finanziellen Risiko ausgesetzt: Die Arbeit kann nicht immer von anderen Mitarbeitenden miterledigt werden, häufig müssen für einen Ersatz zusätzliche finanzielle Mittel aufgebracht werden. Zudem laufen häufig betriebsbedingte Kosten weiter, auch ohne Einnahmen. Es braucht einen Mutterschutz für, um die Selbständigkeit zu ermöglichen: Alle Selbständigen (also Männer und Frauen) sollten sich durch Beiträge am Ausgleichsverfahren für Mutterschutzleistungen beteiligen

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Familienpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2507290019 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.07.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

5. Erhöhung Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten**Beschreibung:**

Die aktuelle Größe der steuerlichen Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten reichen die Änderungen nicht aus, um vor Selbstständigkeit von Frauen zu fördern oder die Vereinbarkeit von Unternehmertum und Familie zu ermöglichen. Kinderbetreuungskosten müssen voll abzugsfähig sein, ohne Deckelung (aktuell 4.800 €/Jahr). Die Altersgrenze für

steuerfreie Zuschüsse des Arbeitgebers zu Kinderbetreuung sollte zusätzlich vom Kindergartenalter auf 14 Jahre erhöht werden.

Betroffenes geltendes Recht:

EStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu];
Familienpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2507290020 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.07.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

6. Verbesserung des Elterngelds und Berücksichtigung von selbständigen Eltern

Beschreibung:

Das Elterngeld ist aktuell vor allem auf abhängig Beschäftigte ausgerichtet. Selbstständige haben eine andere Arbeitssituation, ihr Einkommen schwankt in Abhängigkeit von der Auftragslage, welche sich während der geplanten Bezugsdauer von ElterngeldPlus schwer voraussagen lassen und können stark schwanken. Wichtig wäre daher, bei der Beantragung des Elterngelds die Wahlmöglichkeit zu geben, als Bemessungszeitraum das Einkommen in den zwölf Monaten vor der Geburt (analog abhängig Beschäftigter) oder das durchschnittliche Jahreseinkommen mehrerer Jahre zugrunde zu legen. Auch muss das tatsächlich zur Verfügung stehende Einkommen während der Dauer des Elterngeldbezugs bei der Berechnung des Elterngelds in den Blick genommen werden, abzügl. Betriebskosten o.Ä.

Betroffenes geltendes Recht:

BEEG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu];
Familienpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2507290021 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.07.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

7. Bürokratieabbau und Verwaltungsdigitalisierung

Beschreibung:

Wir fordern einen konsequenten Abbau überflüssiger Bürokratie durch die Modernisierung veralteter Regelungen, die Einführung eines digitalen One-Stop-Shops für alle behördlichen Anliegen, den gezielten Einsatz von KI und digitalen Lösungen sowie einen verpflichtenden Bürokratie-TÜV für neue Gesetze. Eine verlässliche, planbare Politik muss dabei auf Vertrauen in Unternehmer*innen setzen, nicht auf neue Hürden.

Interessenbereiche:

Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2507290023 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.06.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) [alle SG dorthin]

8. Sicherung wettbewerbsfähiger Energiepreise

Beschreibung:

Energie ist das Lebenselixier der deutschen Wirtschaft und muss zuverlässig sowie bezahlbar zur Verfügung stehen. Um wettbewerbsfähige Energiepreise zu sichern, fordern

wir die Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestniveau, eine bundesweite Harmonisierung der Netzentgelte sowie stabile Rahmenbedingungen, die Unternehmen Planungs- und Investitionssicherheit bieten.

Betroffenes geltendes Recht:

StromPBG [alle RV hierzu]; StromStV [alle RV hierzu]; StromNEV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2507290024 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.06.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

9. Senkung der Unternehmenssteuerlast

Beschreibung:

Eine umfassende Steuerreform ist der Schlüssel zur Zukunftsfähigkeit. Die Steuern für Kapitalgesellschaften müssen von den aktuell 30% auf mindestens den OECD-Durchschnitt von 23% gesenkt werden. Zusätzlich muss der Solidaritätszuschlag vollständig abgeschafft werden. Die im Rahmen des Wachstumsboosters angekündigte Senkung der Körperschaftssteuer ab 2029 kommt deutlich zu spät und sollte früher greifen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/323 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes für ein steuerliches Investitionssofortprogramm zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland

Betroffenes geltendes Recht:

KStG 1977 [alle RV hierzu]; SolZG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2507290022 (PDF - 10 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.06.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [\[alle SG dorthin\]](#)

10. Geplantes Bundestariftreuegesetz und öffentliche Vergabe

Beschreibung:

Aus Sicht des Verbandes benachteiligt die vorgesehene Regelung jene Unternehmen, die nicht tarifgebunden sind, obwohl sie ihren Beschäftigten faire und marktgerechte Löhne zahlen.

Die Anforderungen, die Unternehmen erfüllen müssen, um einen öffentlichen Auftrag zu erhalten, sind ohnehin beachtlich. Es besteht die Gefahr von bürokratischem Mehraufwand. Statt einer weiteren Regulierung über Tarifpflichten fordert der VdU eine gezielte Förderung frauengeführter Unternehmen sowie KMU in der öffentlichen Beschaffung. Noch immer bestehen in vielen Branchen gewachsene Strukturen, die den Zugang von Unternehmerinnen zu öffentlichen Aufträgen erschweren. Der Staat sollte hier mit gutem Beispiel vorangehen und seine Vergabepraxis so gestalten, dass Unternehmerinnen gestärkt werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1941 ([Vorgang](#)) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Tarifautonomie durch die Sicherung von Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge des Bundes (Tariftreuegesetz)

1. Zuständiges Ministerium: [BMAS \[alle RV hierzu\]](#)

2. Zuständiges Ministerium: [BMWE \[alle RV hierzu\]](#)

Zuvor:

Referentenentwurf (BMAS): [Tariftreuegesetz \(Vorgang\)](#)

Referentenentwurf (BMWE): [Tariftreuegesetz \(Vorgang\)](#)

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [\[alle RV hierzu\]](#); Kleine und mittlere Unternehmen [\[alle RV hierzu\]](#); Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2512160002 \(PDF - 3 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.10.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

11. Bürokratiearme Umsetzung der Entgelttransparenzrichtlinie

Beschreibung:

Umsetzung der EU-Entgelttransparenzrichtlinie in deutsches Recht

Der Verband der Unternehmerinnen in Deutschland e.V. (VdU) unterstützt uneingeschränkt das Ziel der Entgelttransparenzrichtlinie (EU) 2023/970, die faire und diskriminierungsfreie Bezahlung von Frauen und Männern zu fördern.

Gleichzeitig stellt jede neue Melde-, Prüf- und Dokumentationspflicht für KMU eine erhebliche Zusatzbelastung dar. Ein Mehr an Bürokratie führt jedoch nicht zwingend zu mehr Fairness und mehr Entgelttransparenz.

Die Umsetzung sollte möglichst bürokratiearm und praxisnah erfolgen.

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [\[alle RV hierzu\]](#); Geschlechterpolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

12. Weiterentwicklung Start-up-Strategie

Beschreibung:

Der VdU bringt seine Expertise in die Entwicklung der neuen Start-up-Strategie des BMWF ein. Bei den Online-Konsultationen und in schriftlichen Stellungnahmen setzen wir uns besonders für den verbesserten Zugang zu Kapital für Gründerinnen und Unternehmerinnen ein.

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [\[alle RV hierzu\]](#)

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

900.001 bis 910.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

[250728_VdU_Rechenschaftsbericht_2025_Lobbyregister.pdf](#)